

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# RS Vwgh 1992/3/31 87/14/0096

JUSLINE Entscheidung

② Veröffentlicht am 31.03.1992

#### Index

001 Verwaltungsrecht allgemein32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht61/01 Familienlastenausgleich

#### Norm

BAO §26 Abs2; FamLAG 1967 §41 Abs4 litg; VwRallg;

### Rechtssatz

Hält sich ein Dienstnehmer mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland mehr als einen Monat im Bundesgebiet auf, dann ist sein Arbeitslohn in die Beitragsgrundlage nach § 41 FamLAG einzubeziehen. Durch den bloßen, allenfalls auch mehr als einen Monat dauernden Aufenthalt im Bundesgebiet allein (zB Urlaubsreise), wird allerdings der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland nicht unterbrochen (Hinweis: E 5.7.1983, 82/14/0178), sondern bloß die Beitragsfreiheit beseitigt.

## **Schlagworte**

 $\label{thm:linear} \mbox{Definition von Begriffen mit allgemeiner Bedeutung VwRallg7 gew\"{o}hnlicher Aufenthalt}$ 

# **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VWGH:1992:1987140096.X05

Im RIS seit

01.06.2001

### Zuletzt aktualisiert am

04.11.2009

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, http://www.vwgh.gv.at

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH. www.jusline.at